

Erich G. Fritz

Soziale Marktwirtschaft – Modell im globalen Maßstab?

Strategische Überlegungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Die Welt hat sich seit der Beschleunigung der Globalisierung nach dem Zerfall der sozialistischen Staatenwelt, der Erweiterung der Europäischen Union, der Öffnung bevölkerungsreicher Länder wie China und Indien sowie neuer Kommunikation über Glasfaser und Satellit dramatisch verändert. Viele Menschen auf der Welt haben neue Chancen erhalten und genutzt, andere sind Verlierer. Gleiches gilt für ganze Volkswirtschaften, je nach ihrer Integration in die Weltwirtschaft.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 hat erneut sichtbar gemacht, dass Globalisierung nicht von sich aus gute Ergebnisse für die Menschen bringt, sondern dass eine für Mensch, Natur und nachfolgende Generationen dauerhaft zukunftsfähige Entwicklung ein internationales Regelsystem verlangt.

1. Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen

Die Auswirkungen der Krise sind als erstes in den entwickelten Ländern sichtbar geworden. Insbesondere Länder wie Deutschland und Japan, mit einem großen Anteil industrieller Produktion, abhängig vom Export ihrer Güter und Dienstleistungen, wurden getroffen. Bald aber haben auch Länder die Folgen zu spüren bekommen, die sich zunächst sicher wähnten (der brasilianische Staatspräsident Lula: „What crisis? Ask Bush about that!“)¹, weil sie nicht am Finanzmonopoly beteiligt waren oder weil sie, wie China und Indien, große Binnenmärkte haben. Schnell wirkte sich die Kreditknappheit auf die armen Länder des Südens aus. Für sie war es im Übrigen in kurzer Zeit die zweite Krise. Allerdings hatte im Norden die erste niemand recht zur Kenntnis genommen. Die explosionsartige Verteuerung der Rohstoffe, insbesondere von Öl und Gas nach 2000 hatte die ärmsten Länder wieder massiv in die

¹ Vgl. JESSICA WEISBERG: *The Economic Crisis and Mercosur; North American Congress on Latin America*; online unter: <http://nacla.org> (Stand 3. 8. 2009).

Verschuldung getrieben. Ausbleibende Direktinvestitionen verschärfen die Probleme.

Die Rohstoff-Verteuerung hat in diesen Jahren zu einer gigantischen Umverteilung zwischen Exportländern und Käuferländern geführt, die neben den großen Bilanzüberschüssen der großen Exportländer eine Quelle der gegenwärtigen Krise ist. Große Devisenreserven, die nach Anlagen suchen und hohe Staatsdefizite auf der anderen Seite, die die Handlungsfähigkeit von Staaten für Zukunftsinvestitionen und die soziale Stabilität einschränken, entstehen zum Teil durch vermiedene Kosten für den notwendigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Finanzierung sozialer Sicherheit.

2. Ziel der Armutsbekämpfung

Die Staatengemeinschaft hatte sich im Jahr 2000 (Basisjahr 1990) auf die so genannten *Millennium Development Goals* (MDG, die Entwicklungsziele des Millenniums) geeinigt, um die Armut auf der Welt bis 2015 zu halbieren. Dieses ohnehin sehr ambitionierte Ziel wird durch die genannten Entwicklungen noch unwahrscheinlicher. Dabei waren diese MDGs eine wirkliche Neuheit in der internationalen Politik. Sie nahmen sowohl die Regierungen der Industrieländer als auch die der Schwellen- und Entwicklungsländer in die Pflicht, Schritte zur Überwindung der Armut und einer gesicherten Zukunft zu unternehmen². Die ersten sieben Ziele richteten sich an die Entwicklungsländer, wie das so vorher nicht geschehen war: Sie sollten ihre finanziellen Mittel zur Armutsbekämpfung einsetzen, die Korruption bekämpfen, demokratische Verfahren benutzen, also die Bevölkerung beteiligen, die Gleichberechtigung beachten. Von den Regierungen der Entwicklungsländer wurde also nicht weniger verlangt als gute Regierungsführung³. Gleichzeitig verpflichteten sich die Industrieländer, ihre Wirtschaftskraft für das Ziel der Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe einzusetzen, mehr Geld für Entwicklung bereit zu stellen, Schulden zu erlassen und Regierungen zu unterstützen, die Armut bekämpfen. Durch ein nachhaltiges Wirtschaften und den Abbau von Handelshemmnissen sollte die Beteiligung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft in den Dienst der Armutsbekämpfung und der Zukunftsträglichkeit gestellt werden. Zusammen mit den weiteren, hier nicht zu vertiefenden Aspekten der MDGs ergibt sich die Notwendigkeit für ein neues

² Einen neuen Blick auf die Zusammenhänge vermittelt THOMAS L. FRIEDMAN: *Hot, Flat & Crowded. Why The World Needs A Green Revolution – And How We Can Renew Our Global Future*, London 2009.

³ Vgl. dazu RUDOLF DOLZER – MATTHIAS HERDEGEN – BERNHARD VOGEL: *Good Governance. Gute Regierungsführung im 21. Jahrhundert*, Freiburg 2007.

internationales Regelsystem weit über den Finanzbereich hinaus, das wichtige Elemente einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung der Sozialen Marktwirtschaft enthält.⁴

Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind heute mehr denn je unmittelbar miteinander verbunden. Ohne wirtschaftliche Entwicklung sind wesentliche gesellschaftliche Erfordernisse in den Entwicklungsländern nicht zu finanzieren. Der Aufbau von Infrastruktur, die Entwicklung von leistungsfähigen Unternehmen und die Fähigkeit mit eigenen Produkten Handel zu treiben. Dafür braucht es ein faires multilaterales Handelssystem, das durch die jeweiligen Regierungen auch umgesetzt wird. Dazu werden in Zukunft noch mehr Investitionen und ausländische Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern notwendig sein, die mindestens so wichtig sind wie Entwicklungshilfe. Die andere Seite ist die „Investition“ in die Menschen, die Regierungen und internationale Gemeinschaft gemeinsam voranbringen müssen. Nur Länder, die Grundbildung durchsetzen, Schulbesuch stärken, Ausbildung ermöglichen, Zugang zu Gesundheitsdiensten sowie innere Sicherheit und sozialen Schutz ermöglichen, werden auch wirtschaftlich erfolgreich sein können.

3. Desiderat einer neuen internationalen Ordnung

Wie kann die von Angela Merkel formulierte Aufgabe der Entwicklung einer neuen internationalen Ordnung durch ein kohärentes System wirtschaftlicher, umweltpolitischer, sozialer, finanzpolitischer, menschenrechtlicher und entwicklungspolitischer Aspekte, die sich gegenseitig befördern, erreicht werden? Kein Aspekt kann mehr für sich alleine zur Lösung beitragen. Weltweite Lösungen müssen kohärent sein.

Global Governance⁵, oder die Entwicklung einer Internationalen Marktwirtschaft, darf nun nicht dem Irrtum verfallen, es können in absehbarer Zeit eine internationale Organisation geben, die sozusagen als Weltregierung – mit entsprechenden Machtmitteln ausgestattet – einen einmal vereinbarten Ordnungsrahmen durchsetzt. Insofern ist die Mahnung Papst Benedikt XVI. für eine „Weltautorität“⁶ ebenso als orientierender Hinweis zu verstehen wie

⁴ Vgl. zu den MDGs sowie dem aktuellen Stand: *The Millennium Development Goals Report 2009*, sowie dem *MDG Gap Task Force Report 2009*; online unter: www.un.org.

⁵ Vgl. dazu auch: HELMUT BREITMEIER – MICHÈLE ROTH – DIETER SENGHAAS (Hg.): *Sektorale Weltordnungspolitik*, Baden-Baden 2009, sowie OTFRIED HÖFFE: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München 1999

⁶ Vgl. BENEDIKT XVI.: *Enzyklika Caritas in veritate* (hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Verlautbarung des Apostolischen Stuhls Nr. 186), Bonn 2009, 67 [künftig zit.: CV].

die Forderung der Bundeskanzlerin nach einer „Charta nachhaltigen Wirtschaftens“. Die internationale Wirklichkeit braucht solche Zielvorgaben, um Verantwortung über Staatsgrenzen und Organisationen hinweg zu entwickeln. Der Prozess zu einem weltweiten Ordnungsrahmen entsprechend einer Sozialen Marktwirtschaft wird wie ein kompliziertes Mosaik von Einflüssen sein, in dem sowohl wichtige nationale staatliche wie nichtstaatliche Akteure ihre Bedeutung haben, internationale Organisationen, regionale Zusammenschlüsse und Interessengruppen wie G8, G5, G20 (Wirtschaftsmächte) oder G20 (Entwicklungsländer). Aber auch supranationale Zusammenschlüsse rein wirtschaftlicher wie auch politischer Art wie die Europäische Union, die Afrikanische Union, der Gemeinsame Markt Südamerikas Mercosur, den Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) werden ihren Einfluss haben.⁷ Impulse werden immer auch von glaubwürdigen, weltweit akzeptierten Führungspersönlichkeiten ausgehen, die im Netzwerk der Meinungsbildung aus Öffentlichkeit, Wissenschaft, Politik und engagierten Nichtregierungsorganisationen Einfluss nehmen können.

Betrachtet man den gegenwärtigen Stand der Regierungsarbeit jenseits von internationalen Organisationen, aber durch die Nationalstaaten in Verbindung mit internationalen Organisationen und Regimen – gemeint sind die sog. Prozesse von Rio, Kyoto, Johannesburg etc. –, so wird der Grund für das Misstrauen und die Angst vor dem Scheitern sichtbar. Das Gefüge ist bisher nicht in der Lage, den Menschen Handlungsfähigkeit und Orientierung an gemeinsamen Werten zu zeigen. Vielmehr erscheint es als das, was es ist: Ein unzureichend aus unterschiedlicher Entstehungsgeschichte entstandener Kreis von Organisationen trifft auf staatliche Akteure mit ganz eigenen, zum Teil sich wechselseitig ausschließenden Interessen und dem jeweiligen nationalen Druck der Bevölkerungen, genau diese nicht aus dem Blick zu verlieren und Kompromisse nur einzugehen, wenn Gegenleistungen vorgezeigt werden können.

4. Strategien wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Nach meiner Auffassung hat eine erfolgversprechende wirtschaftliche Zusammenarbeit folgende Voraussetzungen:

Ein Abschluss der Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) und der Doha Development Agenda kann innerhalb der WTO sowohl einen

⁷ Mit dem Instrumentenkasten von Global Governance befasst sich u.a. die Heiligendamm Process Support Unit der OECD.

Beitrag zu freien Märkten liefern als auch die Entwicklungsbedürfnisse der kleinen Volkswirtschaften berücksichtigen.

Die G20 und die internationalen Finanzinstitutionen wie die Staatengemeinschaft müssen für eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte zur Entwicklung von Langfristdenken und Vermeidung von Krisen ein wirksames Regelsystem entwickeln und durchsetzen.

Die verschiedenen Regime zum Schutz wichtiger Umweltkompartimente und die Arbeit entsprechender UN-Einheiten müssen zu einem umfassenden System weltweiten Umweltschutzes als Teil einer nachhaltigen Weltwirtschaft ausgebaut werden. Das Gebot der Gerechtigkeit im Hinblick auf die Nutzung der Umwelt ergibt sich aus dem Respekt vor der Schöpfung und kommenden Generationen.

Die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards und die damit verbundenen Ziele der MDGs, die grundlegende Voraussetzungen für die Wahrung der Menschenwürde in allen Ländern dieser Welt sind, müssen Teil des Regelwerkes werden.

Schonender Umgang mit den natürlichen Ressourcen, insbesondere mit den Energierohstoffen und den mineralischen Rohstoffen, Zugang zu knappen Rohstoffen für die Entwicklung der Volkswirtschaften und deren nachhaltige Nutzung verlangen ebenfalls Zukunftsverantwortung jenseits von kurzfristigen Markterfordernissen. Ein internationaler Ordnungsrahmen muss demnach auch die Frage des Zugangs zu Rohstoffen berücksichtigen und die Interessen der Exporteure und Erzeuger mit denen der Importeure und Nutzer in Einklang bringen. Dabei sind Knappheitspreise eine Möglichkeit, die nur scheinbar nachhaltig ist, wenn man die wahrscheinliche Nutzungsdauer der Rohstoff-Vorräte für die nachfolgenden Generationen berücksichtigt.

Gute Regierungsführung, Transparenz für die Öffentlichkeit, Orientierung von Regierungen am Gemeinwohl ihrer Völker wie der Welt, Bekämpfung von Korruption und Bereicherung, friedliche Konfliktlösung in Krisenregionen und zwischen den Staaten sind die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung der sog. Dritten Welt und stellen auch für die Schwellenländer noch immer die Nagelprobe für die Verantwortung der handelnden Gruppen und Personen dar.

5. Fazit: Die Vision einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft

Der Markt wird auch in Zukunft der beste Suchprozess nach effektiven Lösungen sein und Freiheit seine notwendige Voraussetzung. Die Leitplanken in einer Marktwirtschaft, für die nationale Grenzen keine Rolle mehr spielen, müssen am Menschen und an der Zukunft der Menschheit orientiert sein.

Die Staatengemeinschaft hat eine große Aufgabe vor sich. Diese ist zu leisten vor dem Hintergrund äußerst ungleicher Voraussetzungen zwischen alten Industrieländern, dynamischen Schwellenländern, Entwicklungsländern und kleinen Volkswirtschaften der ärmsten Länder und der Inselstaaten. Die Rolle des Nationalstaates und multilateraler Regelsysteme trifft dabei auf durchaus unterschiedliche Ansichten je nach wirtschaftlicher Situation, kultureller und historischer Erfahrung und politischem System.

Aus den genannten Ansprüchen einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft wird deutlich, dass es sich um ein wertegebundenes System handelt. Im Mittelpunkt eines solchen Ordnungssystems steht der Mensch, auf Freiheit angelegt, aber verantwortlich für sein Tun. Ist eine wertegebundene Ordnung auf dem Globus möglich, auf dem nicht erst seit Huntington die Menschen eindimensional über ihre religiöse und kulturelle Zugehörigkeit definiert und dadurch ihrer durch die Globalisierung gewonnenen Optionen wieder beraubt werden? Gibt es einen Kern von Werten, die den großen Religionen ebenso wie aufgeklärten humanen Verfassungen und der Erklärung der Menschenrechte gemeinsam sind?

Die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist aus einer Symbiose von liberalen Zweckauffassungen der Freiburger Schule und Grundüberzeugungen der katholischen Soziallehre und evangelischen Sozialethik entstanden, aber auch aus der Erkenntnis, dass wirtschaftliche und soziale Sicherheit die beste Voraussetzung für ein rechtsbasiertes und demokratisches Gemeinwesen ist. Die Welt hat erkannt, dass der Staat nicht der Garant eines Himmels auf Erden sein kann. Sie hat gelernt, dass die Würde des Menschen nicht von selbst Mittelpunkt von Regierungshandeln wird. Sie hat ihre Krisenerfahrungen gemacht und dabei existenziell bedrohliche Folgen erlebt. Sie sieht heute bei wachsender Erdbevölkerung Grenzen der Belastungsfähigkeit des Ökosystems und ist sensibel geworden für Ansprüche auf Gerechtigkeit weltweit. Deshalb ist es Zeit, rein wirtschaftspolitische Strategien oder rein humanitäre Hilfsbereitschaft, nachsorgende Sozialsysteme und reparierenden Umweltschutz durch eine Internationale Soziale Marktwirtschaft zu ersetzen, die alle Aspekte der globalen Wirklichkeit erfasst. Das ist eine langwierige und schwierige Aufgabe. Wer die Globalisierung „zu wahrhaft menschlichen Ergebnissen führen“ (CV 20) will, der darf vor dieser Aufgabe nicht zurückschrecken.